

SLÖ Aktuell 2021

3/2021

P.b.b. GZ 02Z033327 M
Erscheinungsort: Klagenfurt
Verlagspostamt: 9020 Klagenfurt

Von wegen: „Pandemie gemeistert, Licht am Ende des Tunnels“, wie der Bundeskanzler zu Sommerbeginn triumphierend plakatieren ließ. Direktor*innen und Lehrer*innen kritisieren ebenso wie Eltern und die Schülerversretung in einem offenen Brief die über den Sommer verschlafene Vorbereitung durch das Bundesministerium mit den teilweise sehr chaotischen Auswirkungen auf den Schulbeginn. Zu verwirrend sind die im Stufenplan der Bundesregierung versteckten Verordnungen. Beinahe täglich werden wir mit neuen Vorschlägen einzelner Minister*innen konfrontiert. Wer kennt sich in dem Irrgarten noch aus?

Zusätzlich kam auf die Schulen ein wahnsinnig zeitraubender, aufwändiger Testablauf für Antigen- und PCR/Spültests mit Pickerl- und QR-Codeverteilung an vier Unterrichtstagen zu. Daher ist die Frage berechtigt, ob das Gesundheitswesen mit den dafür ausgebildeten Ärzten und Pflegepersonal nun uns Lehrer*innen als Teststraßenpersonal zwangsverpflichtet?

Mit Pädagogik und dem vielzitierten Bildungsauftrag haben diese Tätigkeiten nichts zu tun. Noch dazu gab es Pannen bei der Testauswertung und -abholung, verspätete Rückmeldung an die Schulen ... Stress pur für Direktor*innen und Lehrer*innen.

Es ist klar, wir alle wünschen uns wieder ein Schuljahr im Präsenzunterricht. Wir werden auch alles dafür tun, dass es so wird. Aber überfordern darf man die Schulen und das Lehrpersonal dabei nicht!

Die ersten Schultage zeigen, wir hätten uns wahrlich einen anderen Schulstart verdient. Dennoch wünsche ich euch ein schönes neues Schuljahr, viel Kraft, Energie und Kreativität beim Bewältigen der neuerlichen Herausforderungen. Und last but not least: Bleibt vor allem gesund!

Euer Landesvorsitzender Rudi Altersberger



Rudi Altersberger © Jürgen Müller



Der häusliche Unterricht unterliegt wenigen gesetzlichen Beschränkungen.

Es kann ja jede*r Kinder unterrichten. Klar. Kann ja auch jede*r ein Haus bauen, ein Auto reparieren, ein Computerprogramm schreiben, Origami basteln und Marathons laufen. Oder doch nicht? Da war doch noch etwas - auch ja: Ausbildung, Erfahrung, Interesse und die Zeit und den Ort dazu zu haben. Das braucht es auch um ein Haus zu bauen, ein Auto zu reparieren, ... aber offensichtlich braucht es das alles nicht um Kinder selbst zu unterrichten.

Zur Zeit braucht es dazu nur verständliche, nachvollziehbare Angst. Oder Verunsicherung. Egal, ob man die Maßnahmen der Bundesregierung gutheißt oder nicht. Das Schlechteste ist es, den Kindern das Gefühl zu geben, dass sie in der Schule einer Gefahr ausgesetzt sind. Ja, die Bundesregierung hat es wieder nicht geschafft, Vorbereitungen für den Schulstart so zu treffen, dass man den Schulpartnern das Gefühl gibt, dass man die Situation wirklich im Griff hat. Sommer für den Herbst genutzt - nein. Also wieder Augen zu und durch liebe Pädagog*innen und Direktor*innen. Die Ärmel aufkrepeln, und neben unserer eigentlichen pädagogischen Aufgabe Coronabuchhalter sein.

Vielen Eltern reicht das aber nicht mehr. Viele Eltern fragen sich, wie ihr Kind geschützt werden kann und wie sie ihre Familie sicher durch diese Pandemie bringen. Dann kommt die FPÖ. Die spricht von „Regime“, „Diktatur“ und empfiehlt Bitterstoffe

gegen das Coronavirus. Sie bedient Ängste, schürt Wut und verkürzt Fakten auf Schlagzeilen und verunsichert damit viele Eltern, die sich in ihrer Verzweiflung nach einer Alternative umschauen.

Die gibt es - aber Heimunterricht ist keine Lösung. Heimunterricht hat nichts mit Homeschooling zu tun. Keine Bücher, kein Programm, keine Lerninhalte. Kann es funktionieren? Möglicherweise - wenn das Ziel das formale Bestehen einer externen Prüfung ist.

Ich verstehe die Eltern, die sich Sorgen machen. Aber ich habe kein Verständnis für Politiker*innen die diese Ängste bedienen, völlig verantwortungslos schüren, aus reinem politischen Kalkül.

Mein Appell für den Schulbesuch ist nicht nur pädagogisch begründet, nicht nur soziologisch und schon gar nicht politisch - sondern vor allem persönlich. Mein Appell sind wichtige Erinnerungen, die viele Menschen teilen werden: Ich habe in der Schule Freundschaften geschlossen, die bis heute halten. Ich habe mich in der Schule das erste Mal verliebt und war wahnsinnig stolz auf meinen ersten Klassenbucheintrag für Fehlverhalten während des Unterrichts.

Heimunterricht? Ich hätte so viel nicht erlebt, das nicht am Stundenplan steht, aber es waren Erfahrungen die mich geprägt und geformt haben. Auf die ich nicht verzichten möchte, die ich auch meinen Kindern niemals vorenthalten würde.

Euer LABg. Stefan Sandrieser



Die ÖVP hat als „Lehrerpartei“ abgedankt.

Da war die Welt noch in Ordnung, als die rote Trias Schmied - Heinisch-Hosek - Hammerschmid vom Minoritenplatz aus den Schulreformen das Wort redete. Klare Verhältnisse herrschten. Auf der einen Seite das Feindbild eines weiblichen SPÖ-geführten Ministeriums in Wien, auf der anderen Seite die männlichen Landeshauptleute und ihre christliche Fraktion. Auch wenn die ÖVP die Lehrgewerkschaften beim neuen Dienstrecht anrennen hat lassen, galt sie durch die „2-Stunden-Lehrverpflichtungserhöhungsdiskussion“ seit dem Jahr 2009 als Schutzmantelmadonna der Lehrer*innen. Auch wenn das Bildungsbürgertum in der ÖVP stets sein Hauptinteresse am Gymnasium hatte, entschieden sich viele Pflichtschullehrer*innen bei den diversen Wahlen für die Schwarzen. Mit dem Wechsel ins Türkise kam für viele jedoch die Ernüchterung. Das Pädagogikpaket 2018 beendete die Schulautonomie in Sprachförderung und Leistungsbeurteilung, der zentralistische Ton des türkisen Generalsekretärs im BMBWF entsetzte viele und die Performance des Ministers während der Corona-Krise ist nicht nur den Schulleiter*innen in kritischer Erinnerung geblieben.

Wer jedoch geglaubt hat, dass sich die ÖVP in einem Corona-Jahr doch noch für Pflichtschullehrer*innen und ihre Schüler*innen einsetzen wird, wurde im Juni 2021 im Unterrichtsausschuss des österreichischen Parlaments endgültig enttäuscht. Petra Vorderwinkler, die neue Bildungssprecherin der SPÖ, ist vom Brotberuf Lehrerin und Volksschuldirektorin und hat in diesem Ausschuss zwei Anträge eingebracht, die von einer überwiegenden Mehrheit der Pflichtschullehrer*innen unterstützt werden würden, wenn man sie nach ihrer Meinung fragen würde. Petra Vorderwinkler weiß, wovon sie spricht, war sie doch vor einigen Jahren die einzige sozialdemokratische Personalvertreterin in einem Bezirk Niederösterreichs.



Antrag 1

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, umgehend den Lehrerinnen und Lehrern rückwirkenden Kostenersatz für den durch die Phase des Homeschoolings entstandenen Mehraufwand (z.B. Laptops, Handy, Internetanbindung, etc) zu gewähren sowie gemeinsam mit der Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer eine praxistaugliche Lösung für die Zukunft zu erarbeiten. Außerdem soll jede Lehrerin und jeder Lehrer in Zukunft einen qualitätsvollen und modern ausgestatteten Arbeitsplatz an der Schule haben.“

Antrag 2

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert umgehend ein umfangreiches Schulpaket für das nächste Schuljahr vorzubereiten, um rechtzeitig für Planungssicherheit der Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern zu sorgen. Dieses sollte folgende Teile beinhalten:

1) Corona-Sicherheits-Paket

verpflichtende und flächendeckende PCR-Gurgeltests, „Lollipoptests“ an Kindergärten, flächendeckender Einbau von Luftfilteranlagen in jedem Klassenzimmer, Anmietung von zusätzlichen Räumlichkeiten, um Abstands- und Hygieneregeln besser einhalten zu können

2) Volksschul-Paket

Eine zweite Volksschullehrerin bzw. ein zweiter Volksschullehrer für die ersten beiden Schulstufen soll dafür sorgen, dass individuell auf den Förder- und Lernbedarf der Schüler*innen eingegangen werden kann. Generell braucht es für die Zukunft gerade an den Volksschulen einen größeren Personalpool, um etwa Krankenstände bzw. Förderbedarf für alle Schulstufen besser abdecken zu können.

3) Aufhol-Paket

Trotz enormen Engagements der Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen wird es in manchen Bereichen Lernrückstände geben. Alleine deshalb wäre ein Zurück zum normalen Unterricht und Fortführung des Lehrplanes fatal. Schüler*innen und Eltern dürfen damit nicht alleine gelassen werden. Sie brauchen Unterstützung beim „Aufholen“:

- Bonussemester: Bis Weihnachten soll daher Wiederholen und Üben im Mittelpunkt stehen. In dieser Phase soll der Stoff der letzten drei Corona-Semester nachgeholt, vertieft werden und die Lehrer*innen explizit die Möglichkeit haben darauf zu schauen, wo die Schüler*innen stehen. Außerdem soll auch mehr Freiraum für Projektunterricht ermöglicht werden - je nach Interessenslage, ganz nach dem Motto: „Geht nicht, gibt's nicht!“
- Förderunterricht an Schulen: Ab Herbst soll jedes Kind die Möglichkeit auf zusätzlichen Förderunterricht in den Hauptgegenständen haben, der in Kleingruppen organisiert ist. Jede Schule bekommt zwei Förderinheiten in jedem Hauptgegenstand pro Jahrgang und pro Woche. Die Ausgestaltung ist flexibel bzw. schulautonom festlegbar.
- 1000-Euro-Bildungsscheck für gratis Nachhilfe für jede/n Schüler*in, der in den nächsten zwei Schuljahren für gratis Nachhilfe eingelöst werden kann. Abgewickelt werden könnte dies beispielsweise über die bereits vorhandene Dienstleistungsscheck-Online-Plattform.
- Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kindergarten bzw. Schulplatz“

Die Abgeordneten der ÖVP und ihre grünen Erfüllungshelferinnen haben diese gewerkschaftlich und pädagogisch wertvollen Anträge nicht abgelehnt, denn dann hätten sie öffentlich im Plenum des Nationalrates diskutiert werden müssen. Man hat einen anderen Weg gewählt. Die Regierungsparteien haben diese Anträge vertagen lassen. Ein Begräbnis 1. Klasse.

Für unsere Pflichtschulen gilt der Corona-Grundsatz des Bundeskanzlers „Koste es, was es wolle“ nicht. Auch wenn der aktuelle Bildungsminister den obigen

Anträgen viel Positives abgewinnen könnte, das Wort von Faßmann hat in der Kurz-Partei kein Gewicht. Schwarze Finanzminister ließen einst rote Bildungsministerinnen in Schönheit sterben. Aktuell lässt Blümel Heinz Faßmann in voller Länge verhungern. Der ÖVP ist Bildung nichts wert – sie zeigt dies auch uns Lehrer*innen.

Thomas Bulant ist Bundesvorsitzender des SLÖ sowie Vorsitzender-Stellvertreter der Gewerkschaft PflichtschullehrerInnen.

SLÖ JunglehrerInnen Webinar
15. Oktober 2021
Einladung und Anmeldung unter sloe-kaernten.at

#kärntengewinnt



SorgenFREI AUFWACHSEN IN KÄRNTEN

Wir kümmern uns darum!

kaernten.spo.e.at/sorgenfrei

PÄDAGOGISCHE TAGUNG '21

SLÖ Kärnten

Aviso

20. Oktober 2021
16.00 Uhr
Casineum Velden

K. E. V. I. N.
die App
für deinen Schulalltag

Hier geht's zur App:



Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:

SLÖ - Landesgruppe Kärnten

Lidmanskýgasse 15, 9020 Klagenfurt/WS,

Redaktion: Rudolf Altersberger, Stefan Sandrieser, Daniela Ahm und Norbert Krebs

Alle Kontaktdaten finden Sie auch auf:

<http://sloe-kaernten.at>

<https://www.facebook.com/sloekaernten/>